

INTERGLOBAL

Zwischen Sozialkritik und Ressentiment:
Martin Luther King Jr. und Malcolm X vor
einer Pressekonferenz im März 1964.

FOTO: TRIKOSKO/LIBRARY OF CONGRESS



USA: BÜRGERRECHTE & SOZIALE REVOLUTION

Träum weiter, Baby!

Bernd Volkert

Martin Luther King Jr. träumte nicht nur davon, dass die Schwarzen weiße Restaurants besuchen können, sondern auch davon, dass sie es sich leisten können, dort essen zu gehen. Heute vor vierzig Jahren wurde der Bürgerrechtler ermordet.

Amerika sei „der größte Verbreiter von Gewalt auf der Welt“, „verrückt geworden“ über einem Krieg, „der ein Feind der Armen ist“ und „die Seele Amerikas total vergiftet“. Dieser Krieg, in dem „wir unsere neuesten Waffen an der Bevölkerung testen wie die Deutschen neue Medikamente und neue Foltermethoden in den Konzentrationslagern Europas getestet haben“, werde geführt mit „der tödlichen Arroganz des Westens“ und sei „nur ein Symptom für eine viel schwerere Krankheit des amerikanischen Geistes“, der sich dem „spirituellen Tod nähert“.

Worte, die klingen, als ob sie aus der „God damn America“-Rede von Reverend Jeremiah Wright, Barack Obamas Pastor aus Chicago, stammen. Doch diese Verdammung amerikanischer Politik ist einer Predigt des Jahres 1967 von Martin Luther King Jr. entnommen, an dessen Geburtstag, den 15. Januar 1929, seit 1983 in den USA jährlich mit einem nationalen Feiertag erinnert wird.

Martin Luther King Jr. wurde am 4. April 1968 von James Earl Ray auf dem Balkon eines Motels in Memphis, Tennessee, mit einem Gewehrschuss in den Kopf ermordet. Als Reaktion darauf brachen in etwa 100 Städten

der USA Unruhen aus, bei denen 40 Leute starben. Eine weitere Folge war, dass die Stadtverwaltung von Memphis, die sich zuvor trotz schwerer, auch gewalttätiger Auseinandersetzungen unnachgiebig gezeigt hatte, nun den Forderungen der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten, zu deren Unterstützung King nach Memphis gekommen war, auf ganzer Linie nachkam.

Dass der Baptistenprediger King auch 40 Jahre nach seinem Tod in den USA noch eine große Bedeutung hat, zeigt sich nicht zuletzt an Barack Obamas Versuch, Präsident der USA zu werden. Nicht zufällig ist Obama am Tag nach dem nationalen Feiertag für King im Januar 2007 in den Wahlkampf eingestiegen. Und Anfang 2008 war Obama in der Ebenezer Baptist Church in Atlanta, Georgia, an der King Pastor war, der Festredner zur Erinnerung an den Bürgerrechtler.

Auch Amtsinhaber George W. Bush bemüht sich, mit King in Verbindung gebracht zu werden. Er nahm sowohl an der Grundsteinlegung des King-Denkmals an der National Mall in Washington teil als auch an der Beerdigung der Witwe Kings, Coretta Scott-King, 2006. Diese Auftritte von Bush waren immer von Protesten derjenigen begleitet, die eine solche Aneignung des Vermächnisses von King als Sakrileg empfinden: Linke, Liberale, Sozialisten, Kommunisten. Ob schwarz oder weiß, sie alle streiten mit ihrer eigenen Auslegung um das politische Erbe des Mannes, der zur Ikone für die Civil-Rights-Bewegung

geworden ist, sind sich dabei aber in einem mit dem ehemaligen FBI-Chef Edgar J. Hoover einig: King habe kommunistische Subversionsabsichten gehabt.

Näher an der Wahrheit ist man wohl, wenn man King als eine Art bewussten Katalysator für eine Entwicklung betrachtet, die der amerikanische Soziologe Gunnar Myrdal schon 1944 im Umgang mit Rassismus im amerikanischen Süden beobachtet hatte: „Sehr viele Amerikaner aus dem Norden, wahrscheinlich die Mehrheit, werden schockiert und in ihrem Gewissen erschüttert sein, wenn sie die Tatsachen erfahren.“ Deshalb „ist es von höchster strategischer Wichtigkeit für die Schwarzen, Publicity zu bekommen“.

Martin Luther King Jr. versuchte, die Phase der Bürgerrechtsbewegung zu überwinden, indem er das schwarze und weiße Proletariat für eine Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse in den USA begeistern wollte.

Diesem Ratschlag folgte King seit seinem ersten nationalen Auftritt beim Montgomery-Bus-Boycott 1954/55. Als Rosa Parks, inspiriert von der Entscheidung des Supreme Courts gegen

diskriminierende Segregation an Schulen, sich im Dezember 1954 weigerte, ihren im für Weiße vorgesehenen Teil des Busses eingenommenen Platz zu verlassen, ergriffen King und einige Mitstreiter die Gelegenheit, dies zu einem amerikanischen Grundsatzthema zu machen. Sie organisierten einen fast ein Jahr lang dauernden Boykott des lokalen Bussystems, mit dem Resultat, dass die Segregation in den öffentlichen Verkehrsmitteln aufgehoben wurde.

Davon angespornt, gründete King 1957 die Southern Christian Leadership Conference und versuchte, Leute zu ermutigen, die nach dem Vorbild von Rosa Parks durch direkte Aktion gegen die Segregationsgesetze im Süden der USA protestierten. Diese organisierte Selbsthilfe der schwarzen Bevölkerung im Mississippi-Delta rief nicht nur unmittelbar den Zorn der Weißen hervor, sondern beunruhigte auch die bis dahin wichtigste Interessenvertretung der Schwarzen, die National Association for the Advancement of Coloured People (NAACP), die auf rein juristischem Wege die „Desegregation“ herbeiführen wollte.

So wurde Kings Strategie sowohl von Weißen als auch von Schwarzen anfangs als Provokation und Aggression wahrgenommen. King wurde zwar durch sein Eintreten für gewaltfreien Widerstand inklusive Feindesliebe bekannt und bekam dafür 1964 auch den Friedensnobelpreis. Doch auch wenn King es mit dem Prinzip radikaler Gewaltlosigkeit ernst gemeint haben sollte, war der Erfolg seines

Vorgehens immer mit der Androhung von Gewalt und immer wieder auch mit deren Anwendung verknüpft.

Zum einen entstand der Druck auf die USA, den rechtlich institutionalisierten Rassismus im Süden des Landes abzuschaffen, nicht nur durch King und seine Anhänger, sondern auch durch die Praxis zahlreicher anderer Gruppen, die zur bewaffneten Selbstverteidigung übergingen. Zum anderen bestand Kings Taktik objektiv darin, durch gewaltloses Insistieren auf schwarzen Bürgerrechten die weißen Rassisten im Süden zur Gewalt zu treiben, mit der Folge - the revolution will be televised -, dass diese Szenen landesweit in die Medien kamen, bis den Bundesbehörden keine andere Wahl mehr blieb, als mit den Truppen der National Guard gegen den weißen Mob vorzugehen.

Diese Methode erwies sich für die beinahe archaischen und vormodernen Zustände im Süden als perfekt geeignet. Die von King und anderen ausgelöste Bewegung der schwarzen Amerikaner hängte den Baptistenprediger allerdings bald ab: „Martin Luther King hat im Norden nicht die geringste Autorität. Er hat das Ende der Fahnenstange erreicht“, erklärte der schwarze Schriftsteller James Baldwin schon 1962. So war das Student Nonviolent Coordination Committee (SNCC), das sich 1961 im Anschluss an die schnell Schule machenden Sit-ins gegründet hatte, King bald schon nur noch durch die Gewaltlosigkeit im Namen verbunden. Sonst teilte es weder seine Bereitschaft zur Kooperation mit den Liberalen noch sein Ideal der bürgerlichen Integration und schon bald auch nicht mehr die Idee des friedlichen Protests. Stattdessen setzte das SNCC auf Militanz und offene Konfrontation, griff nicht mehr die rechtliche, sondern die soziale und ökonomische Verfasstheit der USA an und entwickelte einen immer stärker ausgeprägten revolutionären Gestus.

Statt „Freedom now!“ lautete der Slogan nun „Black Power“, wie die Black Panther riefen. Stokeley Carmichael, einer ihrer Aktivisten und später Mitglied der Black Panther Party of Self-Defense, drückte das Verhältnis zu King 1966 so aus: „Ich sehe Dr. King jeden Tag im Fernsehen und sage dann zu mir: ‚Das ist mal ein Mann, den dieses Land unbedingt braucht. Das ist ein Mann voller Liebe.‘ Aber jedes Mal, wenn ich Lyndon B. Johnson im Fernsehen sehe, sage ich mir: ‚Martin, Baby, du hast noch einen langen Weg vor dir.‘“

Zu dieser Entwicklung, die ab 1965 in heftigen Ausschreitungen in Watts (Los Angeles) und anderen schwarzen Ghettos kulminierte, gehörte auch der große Zulauf, den die Nation of Islam zwischen 1955 und 1965 verzeichnete:

„Die einzige Grassroots-Bewegung in den USA“, wie Baldwin anerkennend den Aufstieg der Organisation von Elijah Muhammad und seinem Adlatus Malcolm X kommentierte. Mit einem apokalyptischen, anti-weißen und von Antisemitismus durchsetzten Weltbild agitierten sie gegen Martin Luther King, den „modernen Uncle Tom, der von den Weißen bezahlt wird“, wie Malcolm X erklärte.

King trug dieser Entwicklung hin zu Radikalismus und Militanz verbal und inhaltlich Rechnung. 1965 ermahnte er die Bürgerrechtsbewegung, Napoleon zitierend: „Um gute Soldaten zu haben, muss eine Nation sich permanent im Krieg befinden.“ Entsprechend verschärfte er im Laufe der Sechzigerjahre seine Positionen. Er bezog sich positiv auf die anticolonialen Bewegungen in Afrika und Asien, spitzte seinen Protest gegen den Vietnam-Krieg immer mehr zu und rief aus: „Wir befinden uns in revolutionären Zeiten!“ Vor allen Dingen versuchte er aber, die Phase der Bürgerrechtsbewegung zu überwinden, indem er das schwarze und weiße Proletariat für eine Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse in den USA begeistern wollte, die zwar das „preferential treatment“ für Schwarze, den Vorläufer der „affirmative action“, nicht ausschloss, aber es dennoch nur als Teilelement einer grundsätzlichen Veränderung ansah: „Ein Gebäude, das Bettler hervorbringt, muß umgebaut werden.“ Schon der Marsch auf Washington 1963, der heute nur noch wegen Kings Rede („I have a dream“) in Erinnerung ist, trug den Namen „March for Jobs and Freedom“. Und auch Kings letzte Aktion, die Poor People's Campaign, zielte auf die soziale und ökonomische Struktur der USA ab. Allerdings lief die Kampagne nur zäh an und wurde durch die Kugel von James Earl Ray jäh unterbrochen.

Es scheint eher dieser späte, anfangs zitierte Martin Luther King Jr. zu sein, an den Barack Obama zumindest in seiner Philadelphia-Rede anknüpfen will. Er will nicht nur „den langen Marsch derer, die vor uns kamen“, fortsetzen, sondern appelliert mit seinen Versuchen, den Rassismus zu rationalisieren, an ein hautfarbenübergreifendes Spektrum, das er zum Protest gegen den Krieg im Irak und gegen „die wahren Schuldigen“ aufrufen will, gegen eine „von Gier“ bestimmte „corporate culture“, gegen Lobbyisten und gegen „Unternehmen, für die du arbeitest und die dann ins Ausland gehen - nur aus dem Grund, Profit zu machen“.

Bernd Volkert ist Politologe und lebt in Berlin.

INTERGLOBAL

USA: OBAMAS FLUCHT NACH VORN

Ich bin der King

William Hiscott

Barack Obamas Rede „A more perfect union“ erinnerte nicht nur inhaltlich an die Ansprachen Martin Luther Kings. Selbst sein Tonfall näherte sich am Ende, als er zur Veränderung aufrief, dem des bekanntesten schwarzen Bürgerrechtlers.

Die unmittelbare Wirkung der Rede „A more perfect union“, die Barack Obama am 18. März in Philadelphia im US-Bundesstaat Pennsylvania gehalten hat, übertraf alle Erwartungen. Die Rede wurde zum Superhit auf Youtube, innerhalb weniger Tage wurde sie über vier Millionen Mal angeklickt und der Präsidentschaftskandidat der Demokraten lag in Wählerumfragen auf einmal wieder vor Hillary Clinton.

Die Bedeutung der Beiträge auf dem Videportal für den Wahlkampf sollte man nicht unterschätzen. Obama hatte zunächst von Youtube profitiert. Zu Beginn seiner Kampagne etwa präsentierte das sexy „Obama-Girl“ dort das Lied „I've got a crush on Obama“, das zum ersten Ohrwurm der Wahlkampfsaison wurde. Doch der Auslöser für seine Rede vor zwei Wochen war ebenfalls ein Youtube-Video, in dem Aussagen von Obamas langjährigem Freund und afroamerikanischen Pastor aus Chicago, Jeremiah Wright, über den Rassismus der Weißen zu hören waren, die als schwarzer Separatismus in die Kritik gerieten. Für 72 Stunden schien es so, als ob die Kandidatur von Obama damit erledigt sei, denn die rassistisch codierte Botschaft, die den schwarzen Pastor als wütenden Weißenhasser

zeigte, wurde mit Obama identifiziert. Daher war er gezwungen, seine Ansichten zum Verhältnis der Schwarzen und Weißen darzulegen.

Mit Spannung wurde erwartet, was er zu diesem Thema, das für einen afroamerikanischen Kandidaten kein geringes Risikopotenzial birgt, sagen würde. Die Wählerumfragen, die Angriffe seiner direkten Konkurrentin und ihrer Unterstützer und die beginnende rassistische Diffamierungskampagne der Rechten brachten ihn dazu, die Flucht nach vorn anzutreten. Seine Rede wird von vielen schon jetzt als legendär gefeiert und gilt einigen als das Beste, was seit langem von einem amerikanischen Politiker über die Situation der Schwarzen in den USA gesagt worden ist.

„Ein prominenter Politiker hat endlich wie ein Erwachsener über das Rassenthema gesprochen“, erklärte der Satiriker Jon Stewart, nachdem Obama in Pennsylvania den Stillstand der Entwicklung der race-relations konstatiert hatte. Man muss tatsächlich schon ein paar Jahre zurückschauen, um ein derart kritisches Statement zur „Erbsünde der Nation, der Sklaverei“ zu finden, wie es Obama mit seiner Rede abgab. Über vierzig Jahre ist es her, dass Präsident Lyndon B. Johnson 1965 in der überwiegend von Schwarzen besuchten Howard-Universität in seiner berühmten Rede, die mit „we shall overcome“ endete, der renitenten weißen Bevölkerungsmehrheit in den Südstaaten unmissverständlich klar machte, dass nicht nur das Wahlrecht für schwarze Amerikaner zu gelten hat, sondern auch der amerikanische Traum.

Versteht es, seine Worte wohl zu wählen: Obamas jüngste Grundsatzrede gilt einigen als das Beste, was seit langem von einem amerikanischen Politiker über die Situation der Schwarzen in den USA gesagt worden ist.

FOTO: DANIELLA ZALCMAN/FICKR



Inhaltlich unterschied sich die Rede Obamas kaum von der Rede Johnsons. Die Probleme der afroamerikanischen Bevölkerung, die Johnson nach der Verabschiedung des Civil Rights Act, der die Rassentrennung in allen öffentlichen Einrichtungen verbot, ansprach, thematisierte nun auch Obama - Armut und Arbeitslosigkeit, sanfte Unterdrückung, zerbrochene Familien, mangelhafte Krankenversorgung, rassistische Justiz -, all das sind bis heute die alltäglichen Erfahrungen der Schwarzen in den USA. Einen Unterschied gibt es allerdings. Johnson hielt seine Rede, als er bereits wiedergewählt worden war und seine „Great-Society“-Politik, die Weiterführung der Sozialdemokratisierung der USA, durchsetzen wollte. Obama hingegen ist erst Kandidat und dazu noch einer mit härtester Konkurrenz. Ihm steht das Urteil der mehrheitlich weißen US-Bevölkerung über seine „Politik der Hoffnung, Gerechtigkeit und Versöhnung“, über seine „Botschaft der Einigkeit“, noch bevor.

Auch John F. Kennedy war vor seiner Wahl 1960 in einer ähnlichen Situation, da er der erste amerikanische Katholik war, der die Wählergunst einer mehrheitlich protestantischen Bevölkerung gewinnen wollte. Doch trotz des damals noch virulenten Antikatholizismus musste Kennedy nicht viel mehr machen als glaubhaft versichern, dass im Falle seiner Wahl nicht der Papst, sondern er selbst das Land regieren würde. Da hat es Obama schon schwerer. Der Rassismus könnte im Fall seiner Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten ausschlaggebend für einen

Sieg des republikanischen Kandidaten John McCain sein.

Selbstverständlich geht es Obama vor allem darum, seine eigene Karriere zu retten. Und trotzdem kann seine Rede nicht nur mit der Johnsons, sondern auch mit der wohl berühmtesten Rede der US-Geschichte verglichen werden, die ebenfalls im Bundesstaat Pennsylvania gehalten wurde: Präsident Abraham Lincolns Gedenkrede zur Schlacht von Gettysburg 1863, die heute als Einleitung zur Wende im US-Bürgerkrieg gesehen wird.

Trotz schwarzer Außenminister und Konzernmanager spiegelt sich im Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen immer noch die Klassenteilung wieder.

Noch war der Südstaatenbund militärisch stark, die Sklaverei nicht abgeschafft, und langsam nahte die Präsidentschaftswahl. Lincolns Rede war ein Aufruf zum Durchhalten, in einer Situation, in der der Wandel hin zu gerechteren Verhältnissen durch den Krieg zum Stillstand gekommen war. Lincolns Rede war ein Plädoyer für „eine perfektere Union“, wie sie die Aufklärer und Staatsgründer 1787 in der Verfassung vorgesehen hatten. Die Freilassung der Sklaven war seitdem jedoch nicht durchgesetzt worden. Monate nach seiner Rede

unternahm Lincoln genau das: Er befreite die Sklaven, gewann die Wahl und anschließend den Krieg. Heute muss jedes Schulkind in den USA seine Worte von Gettysburg auswendig kennen.

Obama selbst aber sieht sein Ziel einer „perfekteren Union“ nicht nur in der Tradition der Staatsgründer und Abraham Lincolns, sondern auch in der der Bürgerrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts. Martin Luther Kings Traum von einem Leben in Würde gründete in dem Versuch, die schwarze Bevölkerung der USA aus dem System der Segregation zu befreien, so dass sie als freie Bürger ihr Leben gestalten konnten. So wie King begreift Obama dies allerdings nicht nur als einen Traum der Schwarzen, sondern aller Amerikaner. Ein Traum, der „einzigartig und universell, schwarz und mehr als schwarz“ ist, wie es Obama in Philadelphia formulierte. Schlechte Schulbildung, Armut, Arbeits- und Hoffnungslosigkeit, all diese Probleme seien nicht nur ein Problem der schwarzen Bevölkerung. Obama lädt alle ein, mit ihm eine Koalition einzugehen, sowohl die große weiße untere Mittelschicht, deren ökonomisches Fundament gerade zusammenbricht, als auch die neuen Einwanderer, die gerade erst den Versuch unternehmen, bürgerliche Existenzen aufzubauen.

Obama ging es in seiner Rede zwar vorgeblich darum, den Stillstand der Versöhnung zwischen der schwarzen und der weißen Bevölkerung erstmals seit 40 Jahren wieder offiziell zu thematisieren. Doch das tat er unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die dem Kapitalismus geschuldete Klas-

sengesellschaft. Denn trotz schwarzer Außenminister und Konzernmanager spiegelt sich im Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen immer noch die Klassenteilung wieder. Auf dieser Analyse basiert das Motto Martin Luther Kings, das sich Obama zu eigen gemacht hat, die „heftige Dringlichkeit des Jetzt“.

Angesichts der wachsenden Armut vieler US-Amerikaner ist es durchaus denkbar, dass sich die weiße und die schwarze Unterschicht nicht nur die Reden Obamas auf Youtube anschauen, sondern den Kandidaten auch wählen.

William Hiscott ist Politologe und lebt in Berlin.

Nächste Woche :

Moderne Tagelöhner

Leiharbeit - ein Begriff, den die scheidende Direktorin von Manpower-Luxemburg gar nicht schätzte. Viel lieber sprach sie euphemistisch von „travail moderne“. In gewisser Hinsicht hat sie damit auch recht, denn nicht nur die beschleunigte Abfolge von Konjunkturschwankungen macht Leiharbeit zunehmend attraktiv. Die woxx gibt einen Einblick, warum man in Luxemburg als „intérimaire“ arbeitet oder arbeiten lässt.